



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/02/2019
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Dienstag, 09.04.2019
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2019
3. Zwischenbericht zum Altenplan
4. Streichung der Zuschüsse für die ZWAR-Zentralstelle
5. Ampelschaltungen
6. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
7. Bericht aus dem Sozialausschuss
8. Bericht aus den Arbeitsgruppen
9. Bericht aus den Begegnungsstätten
10. Mitteilungen
11. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

Frau Sauerwein bittet aus aktuellem Anlass die Tagesordnung um den Punkt „Streichung der Zuschüsse für die ZWAR-Zentralstelle“ zu ergänzen und als neuen TOP 4 einzufügen.

1. Genehmigung der Tagesordnung

Es erfolgt die Feststellung, dass es keine Einwände gegen den Vorschlag von Frau Sauerwein gibt und die Tagesordnung damit als genehmigt gilt.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2019

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 26.02.2019 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

3. Zwischenbericht zum Altenplan

Frau Sauerwein begrüßt Frau Gleiß, die einen Sachstandbericht über die Fortschreibung des kommunalen Altenplans gibt. Im Rahmen der Fortschreibung waren bereits einige Quartiere für die nähere Betrachtung ausgewählt worden. Frau Gleiß berichtet, dass die Bestandsaufnahme inzwischen abgeschlossen ist und sie die Informationen über Bebauung, soziale Lage, Bevölkerung, Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen, ärztliche Versorgung und sonstige Infrastruktur gesammelt hat. Zur Zusammenstellung wurden unterschiedliche Informationen genutzt und auch die Quartiere selbst aufgesucht. Studenten der Fachhochschule Dortmund aus dem Fachbereich „angewandte Sozialwissenschaften“ unterstützen sie dabei im Rahmen eines Projektes. Die Studenten haben zwei Quartiere (Helfe und Dahl) ausgesucht, die sie näher betrachten und Daten durch Feldforschung und Gespräche mit den Menschen vor Ort erheben.

Im Rahmen einer Vollerhebung sollen alle Menschen in den Quartieren erreicht werden. Die Erhebung erfolgt allerdings nur für die Menschen ab 75 Jahre, da diese am wenigsten mobil sind und meist am dringendsten Hilfe benötigen.

Es wurde ein Fragebogen mit 25 Fragen entwickelt. Ideen und Anregungen der Studenten sind eingeflossen, datenschutzrechtliche Fragen wurden über den Datenschutzbeauftragten geklärt und einige ältere Menschen haben den Fragebogen bzgl. seiner Verständlichkeit geprüft. Ein Konzept zum Fragebogen wurde entwickelt und wird im Internet eingestellt. Voraussichtlich geht der Fragebogen nächste Woche in den Druck und Ende des Monats erfolgt der Versand. Eine entsprechende Information wird an die Presse gegeben. Frau Gleiß hofft auf einen mindestens 10 – 15 prozentigen Rücklauf.



Nach Auswertung der Daten erfolgt eine Zusammenfassung je Quartier. Das Projekt der Studenten wird im Juni bereits abgeschlossen sein; ein Bericht über alle Quartiere wird voraussichtlich erst im September vorliegen. Frau Gleiß wird den Bericht zusammen mit den Ergebnissen der Studenten vorstellen. Der Bericht würde zu entsprechenden Handlungsempfehlungen führen, wobei hier auch berücksichtigt werden muss, in wie weit die Stadt überhaupt Einfluss nehmen kann.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Frau Gleiß für die Zusammenfassung. Rückfragen von Seiten der Anwesenden bestehen nicht.

4. **Streichung der Zuschüsse für die ZWAR-Zentralstelle**

Frau Sauerwein begrüßt zu diesem Thema Frau Gräfinhold von der ZWAR Hagen. Auf Nachfrage erklärt Frau Gräfinhold, dass ZWAR die Abkürzung für „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ ist, es sich um ein Netzwerk handelt und keine Mitgliedsbeiträge erhoben werden. Die ZWAR besteht seit 40 Jahren. In dieser Zeit sind in NRW 240 ZWAR-Netzwerke mit insgesamt über 10.000 Teilnehmern entstanden. In Hagen gibt es zwei ZWAR-Gruppen; eine reine Frauengruppe, die bereits seit 15 Jahren besteht, und eine seit 2016 bestehende gemischte Gruppe.

Frau Gräfinhold berichtet, dass die Zuschüsse der Landesregierung an ZWAR ab 2020 komplett gestrichen werden sollen und damit auch die Zentralstelle in Dortmund mit hauptamtlichen Mitarbeitern ihre Arbeit niederlegen müsste. Die Zentralstelle unterstützt Neugründungen und bei Bedarf bestehende Gruppen durch Qualifizierungen, Besuche vor Ort, (Konflikt-)Moderationen und Stellen von Referenten für Seminare.

Frau Gräfinhold bittet die Petition, die auch als Online Petition über das Internet aufzurufen ist: <http://www.poenpetition.de/petition/online/ruecknahme-der-streichung-der-foerderung-der-zwar-zentralstelle-nrw-durch-das-land-nrw>, zu unterstützen. Die herurgereichten Unterschriftenlisten oder auch entsprechende Ausdrucke können noch bis Ende Juni bei der ZWAR-Zentralstelle, Steinhammerstr. 3, 44379 Dortmund oder bei den ZWAR-Gruppen eingereicht werden.

Auf die Nachfrage von Frau Verbeek, wie die Landesregierung die Streichung begründet, führt Frau Gräfinhold aus, dass die Planzahlen für den Aufbau neuer ZWAR-Netzwerke nicht erreicht wurden. Die Begründung, dass die Kommunen, die bei Neugründungen mit der Zentralstelle zusammen arbeiten müssen, aufgrund vorrangiger Aufgaben wie Flüchtlingshilfe etc. keine personellen Ressourcen hatten und damit Neugründungen auf spätere Jahre verschoben wurden, wurde anscheinend von der Landesregierung nicht berücksichtigt.

Frau Gräfinhold informiert, dass für den morgigen Tag eine Demonstration vor dem Landtag in Düsseldorf organisiert ist.

Frau Opitz schlägt vor, dass die zwei Hagener Landtagsabgeordneten in die Pflicht genommen werden, um zu prüfen, ob und was genau im Argen liegt.



Frau Gräfinhold berichtet, dass mit Herrn Jörg bereits gesprochen wurde und dieser nach der Demonstration auch in den Landtag eingeladen hat.

Auf Nachfrage von Herrn Jung, welche Auswirkungen dies speziell für Hagen hat, führt Frau Gräfinhold aus, dass es für die bereits seit langem bestehende und gewachsene Frauengruppe vermutlich keine Auswirkungen hat, aber die für Hohenlimburg geplante neue Gruppe keine Unterstützung erhalten und damit die Neugründung vermutlich auch nicht stattfinden wird.

Herr Klein erläutert, dass die Zentralstelle in Dortmund, die mit hauptamtlichem Personal besetzt ist, für ganz NRW und damit für alle Netzwerke zuständig ist. Er macht noch einmal deutlich, dass bei Wegfall der Landesmittel die Kommunen keinen Ansprechpartner mehr haben und dass die Arbeit von Ehrenamtlichen nur mit Hilfe von Hauptamtlichen erfolgen kann.

Frau Gräfinhold betont, dass viele Teilnehmer ohne diese ZWAR-Gruppen vereinsamen würden. In den Gruppen haben sie die Möglichkeit soziale Kontakte zu knüpfen und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Viele Teilnehmer sind durch die ZWAR-Gruppen auch inzwischen in einer ehrenamtlichen Tätigkeit außerhalb der ZWAR-Gruppen beschäftigt.

Frau Sauerwein berichtet, dass ein entsprechender Resolutionstext vorbereitet wurde.

Herr Homm regt an, die Resolution direkt an die Landesregierung zu adressieren und auch den Landtagsabgeordneten zur Kenntnis zu geben. Weiterhin schlägt er vor, dass die anwesenden Vertreter der Parteien die Resolution in ihren Fraktionen vorstellen und anregen, dieses Thema auch in den Rat einzubringen.

Herr Wegener spricht sich bei Verabschiedung der Resolution für die Veröffentlichung der Resolution in den Medien aus.

Frau Sauerwein verliest den Text der Resolution und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Resolution des Seniorenbeirates der Stadt Hagen gegen die Streichung der Förderung der ZWAR-Zentralstelle NRW:

Der Seniorenbeirat der Stadt Hagen fordert die Landesregierung und den Landtag NRW auf, die von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP beschlossene Streichung der Förderung der ZWAR (zwischen Arbeit und Ruhestand)-Zentralstelle NRW ab dem Jahr 2020 rückgängig zu machen. Die Zentralstelle leistet für die Bildung von selbstorganisierten Netzwerken der Bürgerinnen und Bürger ab 50 Jahren einen unverzichtbaren Beitrag und trägt maßgeblich zur Quartiersentwicklung bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



5. Ampelschaltungen

Herr Homm berichtet, dass der Arbeitskreis bereits seit längerem versucht die Ampelschaltungen für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen „gerechter“ zu machen. Es sind bereits vom Arbeitskreis verschiedene Ampelschaltungen in verschiedenen Städten besichtigt worden. Der Arbeitskreis hat daher einen Beschlussvorschlag erarbeitet, welcher mit der Einladung auch versandt wurde. Der Vorschlag wird auch vom Beirat für Menschen mit Behinderung unterstützt.

Herr Ludwig empfiehlt, eine Ampelanlage vorzuschlagen, die zum Umbau ansteht, damit das Projekt auch zügig umgesetzt werden kann. Weiterhin sollte sie sich auch in Marktnähe befinden und viel Fußgängerverkehr aufweisen.

Laut Ausführungen von Herrn Homm kommt bei der Ausführung der vorgeschlagenen Maßnahme nur eine digitale Anzeige hinzu, die nicht allzu viel kosten dürfte und die Ampel auch mit wenig Zeitaufwand umzurüsten ist.

Herr Homm verliest den Beschlussvorschlag und Frau Sauerwein lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die BV-Mitte wird gebeten, die Ampelanlagen an dem Überweg Märkischer Ring/Marktplatz, stadtauswärts auf der linken Seite wie analog in Bochum - Zeitphasen Rot-Grün- umzurüsten.

Begründung:

Durch den demografischen Wandel, der auch in Hagen stattfindet, wäre es für viele Fußgänger mit und ohne Behinderung, mit und ohne Gehilfen oder Rollatoren eine große Hilfe, wenn jeweils vor dem Wechsel der Grünphase bzw. Rotphase ein zeitlicher Ablauf angezeigt wird.

Die Ampelanlage in Bochum zeigt die Rotphase 67 Sekunden und die Grünphase 22 Sekunden an. Und erst nach 6 Sekunden nach Ablauf der Grünphase für Fußgänger, setzt sich der Individualverkehr in Bewegung. Das bedeutet eine Räumungszeit des Überweges von 6 Sekunden für die Fußgänger. Hier kann der Fußgänger genau erkennen, ob und wie lange er noch warten muss oder ab wann er gehen kann. Die Ampelanlage ist ein Projekt, welches seit 2007 erfolgreich läuft.

Die zeitlichen Abläufe der Ampelanlage würden vielen Menschen, die sich im immer dichter werdenden Straßenverkehr unsicher fühlen, sehr helfen.

Die Richtlinien-Signalanlagen RiISA 200X und RiLSA 2010 (RiISA 2.3.1.5 oder 2.7.4 oder 2.4 usw.) ergeben nichts, was einer solchen Ampelanlage entgegen sprechen würde.

Der Seniorenbeirat wünscht sich die Erprobung einer solchen Ampelanlage in Form des Bochumer Projektes.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Herr Klein teilt mit, dass keine Sitzung des LSV stattgefunden hat. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 25.04.2019 statt. Herr Homm und er selbst nehmen als Vertreter des Hagener Seniorenbeirates und Frau Sauerwein für die Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände teil. Er berichtet, dass der eingereichte Antrag, der bereits in der letzten Sitzung vorgestellt wurde, in die Tagesordnung der Mitgliederversammlung aufgenommen wurde.

7. Bericht aus dem Sozialausschuss

Herr Klein berichtet aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses vom 19.03.2019. Er hat im Ausschuss über die Themen „Antrag des Seniorenbeirates bei der Mitgliederversammlung des LSV“ und „Entlassmanagement“ der letzten Sitzung des Seniorenbeirates berichtet. Herr Klein informiert, dass er im Namen des Seniorenbeirates darum gebeten hat, dass Thema „Entlassmanagement“ auf die Tagesordnung der Gesundheitskonferenz und die Konferenz Alter und Pflege zu setzten.

Weitere Themen im Sozialausschuss waren ein Bericht der Verwaltung zum Thema Wohnungslosigkeit. Er informiert, dass für ältere Obdachlose eine Wohngruppe geplant ist, die räumlich vom Männerasyl ausgegliedert ist, aber eine Anbindung erhält. Es soll eine hauswirtschaftliche Unterstützung und eine soziale Betreuung angeboten werden. Die pflegerische Versorgung erfolgt durch einen externen Anbieter.

8. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Zu diesem TOP erfolgte keine Wortmeldung.

9. Bericht aus den Begegnungsstätten

Zu diesem TOP erfolgte keine Wortmeldung.

10. Mitteilungen

Herr Klein berichtet über die sehr interessante Veranstaltung in der Bücherei. Er bedauert, dass von den 13 angemeldeten Teilnehmern lediglich 4 erschienen sind und bittet darum, Anmeldungen zu Terminen als verbindlich anzusehen und sich im Bedarfsfall bei Frau Schlachtenrodt abzumelden.

Frau Sauerwein informiert, dass am 05.06.2019 die Regionalkonferenz der LSV in Herne stattfindet. Frau Wiewiorka hatte bereits Interesse zur Teilnahme angemeldet. Frau Opitz und Herr Pege würden auch gerne teilnehmen. Da nur zwei Teilnehmer möglich sind, erfolgt zuerst eine Abklärung mit Frau Wiewiorka. Die Unterlagen zur Anmeldung hat Frau Sauerwein vorliegen.



Weitere Veranstaltungen der LSV finden am 15.05.2019 in Duisburg zum Thema „Pflegeversicherung“ und am 29.05.2019 in Düsseldorf zum Thema „soziale Medien“ statt. Interessenten können sich bei Frau Sauerwein oder bei Frau Schlachtenrodt melden.

Frau Beck berichtet kurz zum Stand der freiheitsentziehenden Maßnahmen. Die Maßnahmen werden in allen vollstationären Einrichtungen (35 Einrichtungen) mit insgesamt 2184 Plätzen in der Pflegeeinrichtungen und 406 Plätzen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe, erfragt. In 2015 wurden 176 und Ende 2018 wurden 62 freiheitsentziehende Maßnahmen gemeldet. Hierbei wird jede freiheitsentziehende Maßnahme einzeln gezählt, unabhängig davon, ob bei einer Person mehrere freiheitsentziehende Maßnahmen angewendet werden. Unter Sonstiges zählen auch die Unterbringungen im beschützten Wohnbereich (insgesamt 15 Maßnahmen).

Frau Beck erläutert auf Nachfrage von Herr Höfig, dass sedierende Medikamente im Rahmen der freiheitsentziehenden Maßnahmen, laut Angaben der Einrichtungen, nicht eingesetzt werden. Hierbei ist schwer zu beurteilen, welche Medikamente zur Sedierung und welche therapeutisch eingesetzt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Teuber erklärt Frau Beck, dass die freiheitsentziehenden Maßnahmen durch entsprechende alternative Möglichkeiten verringert werden können. Es gibt beim Gericht Verfahrenspfleger, die spezialisiert sind und Vorschläge zu Alternativen machen.

Frau Sauerwein informiert, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) sich kritisch zur Elektrokleinfahrzeuge-Verordnung geäußert hat und einige Rahmenbedingungen fordert, die sie auch dem Bundesrat mitgeteilt haben.

Am 22.05.2019 findet bei der Diakonie ein Infoabend zum Thema „Sterbebegleitung“ statt.

Frau Sauerwein berichtet, dass im Freilichtmuseum inzwischen die Bahn/der Wagen fährt um die Besucher zum Eingang zu bringen. Ein Wegeplan für Menschen mit Rollator oder Rollstuhl kann im Internet eingesehen werden.

11. **Verschiedenes**

Zu diesem TOP erfolgte keine Wortmeldung.

Ende des öffentlichen Teiles: 16.20 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Frau Angelika Giacobelli - Zwar	
Frau Ursula Gogolok - Diakonie	
Frau Claudia Heide - Caritas	
Frau Roswitha Hentschel – Die Linke	
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische	
Herr Gerd Homm - SPD	
Herr Bernhard Jung – CDU	
Frau Anna Kieliba - AWO	
Herr Hans-Jürgen Klein - DRK	
Herr Andreas Lechte – Bürger für Hohenlimburg/Piraten	
Herr Rüdiger Ludwig - DRK	
Frau Brunhild Marks - Hagen Aktiv	
Frau Ursula Nehm – Zwar	
Frau Margit Opitz - AWO	
Herr Torsten Pege – AWO	
Frau Brunhilde Richrath - Caritas	
Frau Gabriele Rudolph – DRK	
Frau Ruth Sauerwein – Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Rosemarie Swenshon - Diakonie	
Herr Horst Teuber – CDU	
Frau Helmi Verbeek - Caritas	
Herr Wolfgang Wegener – DGB	
Frau Ursula Werkmüller - Stadtsportbund	

Ruth Sauerwein
Vorsitzende

Schlachtenrodt, Katja
Schriftführer/in